



Kommentar

Politik – der entscheidende Standortfaktor

„Hört auf die Wissenschaft“, heißt es. Auf dem Feld der sozialen Sicherung ist das in Deutschland offensichtlich nicht der Fall. Die Politik marschiert seit vielen Jahren in die falsche Richtung. Und sie überhört alle Warnungen der Wissenschaftler, dass dieser Kurs immer weiter weg führt von einer nachhaltigen Stabilität der sozialen Sicherheit. Seit 2014 wurde auf sämtlichen Zweigen des Sozialsystems stetig draufgesattelt, ohne die entsprechende Finanzierung auch nur mittelfristig zu gewährleisten. Mütterrente, Rente mit 63, die drastische Ausweitung der Pflegeleistungen – die Liste ist bei Weitem nicht vollständig. Das alles geschieht vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, der jetzt in die heiße Phase geht. Und auf den die Umlageverfahren von Rente, Pflege und Krankenversicherung in keiner Weise vorbereitet sind.

Die Lage unseres Sozialsystems ist so prekär geworden, dass führende Wissenschaftler auf diesem Gebiet vor einem drohenden Systemkollaps, dem Abgrund, vor dem Kipppunkt warnen. Union und SPD aber machen einfach weiter, wie das Rentenpaket zeigt. Dabei ist das Wording der Experten jetzt so dramatisch wie noch nie zuvor – weil es die Lage ist.

Wo stehen wir?

Die deutsche Wirtschaft steckt in der schwersten Strukturkrise seit der Gründung der Bundesrepublik fest. Seit sechs Jahren stagniert die Wirtschaftsleistung. Und die Aussichten bleiben düster trotz Rekordschulden des Staates. Deutschland verliert gegenüber allen großen Industrieländern an Boden. Und das liegt an hausgemachten Problemen. Der Fachkräftemangel und steigende Arbeitskosten zählen dabei – neben Energiekosten und Bürokratie – zu den gravierenden Standortschwächen. Ohne tiefgreifende Sozialreformen wächst die Arbeitskostenbelastung in den nächsten Jahren drastisch. Denn die Beiträge werden immer schneller in die Höhe gehen. Auch die Steuerlast wird für die schrumpfende Zahl der Finanziere schwerer, weil Sozialkassen noch defizitärer werden und zudem noch der Schuldendienst zu zahlen ist. All das mindert die Leistungsbereitschaft der Beschäftigten und auch das Jobangebot

der Betriebe. Noch weniger Aktive bei rasant steigenden Ausgaben sind ein Teufelskreis. Und der Kipppunkt dürfte schon in wenigen Jahren erreicht sein. Die Babyboomer können sich mitnichten auf das verlassen, was die Politik ihnen und den heutigen Rentnern verspricht. Für die Jüngeren gilt das sowieso.

Worin liegt die Ursache der Reformverweigerung?

Union und SPD tragen die Verantwortung für die prekäre Lage der Sozialkassen. Beide stehen gleichermaßen für die Zukunftsblindheit in der Sozialpolitik. Das Kernproblem ist die Angst der Parteien vor den Alten. Babyboomer plus Rentner stellen heute die Wählermehrheit. Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder zielte mit seinen Reformen nach der Jahrtausendwende auf die damalige Mehrheit der mittleren Generation, die bessere Zukunftsaussichten einforderte. Heute sind die jüngeren Generationen in der Minderheit. Und die Politik macht brutal Ausgaben und Versprechungen zu ihren Lasten.

Überdies sind die einstigen Volksparteien schwach wie nie zuvor. Bei Union und SPD gibt es gleichermaßen unbelehrbare Sozialpolitiker, siehe Mütterrente und Haltelinie sowie das absurde Festhalten an der subventionierten Frührente. Diese schwarz-rote Sozialbeton-Fraktion versteht es bisher, jeden unpopulären Reformvorschlag im Ansatz zu ersticken. Wie z.B. die kürzlich debattierte Abschaffung der Pflegestufe 1.

Ein weiteres Problem: Union und SPD ziehen nicht an einem Strang. Ob Beitragsbemessungsgrenze oder Steuerzuschuss, Eigenverantwortung oder Kapitaldeckung – fast immer gibt es ideologische Gegensätze. Die wesentlichen Fragen an etliche Kommissionen auszulagern, die sich jeweils nur einen Bereich vornehmen, stimmt deshalb alles andere als hoffnungsfroh. Das riecht nach Reformverweigerung.

Noch kann die Regierung die Kurve kriegen. Dafür müsste sie allerdings nach zwei Grundsätzen handeln.

Erstens müsste die Regierung allen Gruppen etwas zumuten. Das wirkt gerecht und nur das bringt auch das nötige Sparvolumen. In seiner Regierungserklärung zur Agenda 2010 kündigte Gerhard Schröder 2003 an: „Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.“ Genau diese Botschaft bräuchte es heute wieder.

Zweitens braucht es eine übereinstimmende Kommunikation von Kanzler und Vize-Kanzler. Zusammen müssen die beiden Parteichefs eine Allianz zwischen den Generationen herstellen. In einer Familie würden die Großeltern nicht auf Kosten der Kinder und Enkel in schlechten Zeiten mehr teure Leistungen wie etwa eine Vollkostenübernahme in der Pflege oder die Mütterrente III fordern. Das anonyme Umlageverfahren kaschiert die Tatsache, dass alles, was die Älteren mehr bekommen, direkt bei ihren Nachfahren als Minus im Portemonnaie ankommt. Viele Ältere könnten Einbußen verkraften und würden es für bessere Zukunftschancen ihrer Kinder wohl auch tun. Ohnehin glaubt die große Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr daran, dass etwa das Rentensystem noch sicher ist. Eine Sozialpolitik, die absehbar das System gefährdet, wird der Wähler deshalb auch nicht belohnen. Populisten bekämpft man besser nicht mit Sozialpopulismus. Das geht nach hinten los.

Union und SPD haben eine Wirtschaftswende zum Besseren versprochen. Ohne umfassende Reformen in allen Sozialversicherungen rutscht Deutschland jedoch zwangsläufig weiter ab. Die gigantischen Schulden mindern kurzfristig den Reformdruck – verschärfen die Finanzlage aber schon mittelfristig enorm. Die Wissenschaft hat längst geliefert. Es gibt kein Erkenntnisproblem, sondern eine politische Verweigerungshaltung, die sich Deutschland nicht länger leisten darf.